

Die einstweilige Verfügung in Wettbewerbssachen

Bearbeitet von

Begründet von Prof. Wilhelm Berneke, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a.D., Bearbeitet von
Erfried Schüttpelz, Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht

4. Auflage 2018. Buch. XXI, 286 S. Kartoniert

ISBN 978 3 406 71687 4

Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

[Recht > Handelsrecht, Wirtschaftsrecht > Wettbewerbsrecht, Kartellrecht](#)

Zu [Leseprobe](#) und [Sachverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NJW Praxis

Im Einvernehmen mit den Herausgebern der NJW
herausgegeben von
Rechtsanwalt Felix Busse

Band 57


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die einstweilige Verfügung in Wettbewerbssachen

begründet von

Prof. Wilhelm Berneke

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht a. D.

bearbeitet von

Erfried Schüttpelz

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf

4., völlig neu bearbeitete Auflage 2018

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitierweise: Berneke/Schüttpelz, einstw. Verfügung, Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 71687 4

© 2018 Verlag C.H.Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG / Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C.H.Beck Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur vierten Auflage

Seit der letzten Auflage des vorliegenden Werkes sind knapp vier Jahre vergangen. Gesetzesänderungen seit dieser Zeit haben den einstweiligen Rechtsschutz allenfalls am Rande berührt. Schwerwiegender sind die Folgen der Rechtsprechung des I. Zivilsenats des Bundesgerichtshofs zum Umfang der Unterlassungspflichten, deren Auswirkungen auf das Eilverfahren noch nicht voll zu überblicken sind.

Die infolge einer entsprechenden Richtlinie der Union notwendig gewordene Neuregelung des Rechts des Schutzes der Geschäftsgeheimnisse wirft ihre Schatten voraus. Bisher liegt trotz Ablaufs der Umsetzungsfrist dazu lediglich ein Referentenentwurf vor. Ob, wann und in welcher Form er Gesetz wird, ist noch offen. In dieser Auflage wird aufgrund des Referentenentwurfs ein kurzer Ausblick auf dieses neue Gesetz geworfen.

Die zwischenzeitlich aufgetretene Frage, ob ein Rechtsanwalt die Berufspflicht zur Annahme einer Parteizustellung trifft, ist inzwischen gelöst und wird daher nicht mehr angesprochen. Ob der elektronische Rechtsverkehr die vielfältigen Probleme um die Vollziehung jedenfalls teilweise obsolet werden lässt, muss abgewartet werden.

Infolge des zunehmenden Gewichts des Unionsrechts wurden die Ausführungen zu diesem Thema ausgebaut.

Die Abwägung der Belange des Antragstellers einerseits, der einen schnellen und effektiven Rechtsschutz benötigt, und des Antragsgegners andererseits, dessen rechtliches Gehör soweit wie möglich gewahrt werden muss, andererseits kann bei den verschiedenen Gerichten trotz ähnlicher Fallkonstellationen zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Dies ist für die Parteien, ihre Verfahrensbevollmächtigten, aber auch für die Gerichte selbst unbefriedigend. Mangels eines Rechtszuges zum Bundesgerichtshof in Eilsachen wird sich eine divergierende Rechtsprechung nicht immer vermeiden lassen. Es bleibt nur zu hoffen, dass eine intensive Diskussion zwischen den Gerichten und der Literatur letztlich doch noch zu Ergebnissen führt, die einerseits dogmatisch gut begründet, aber auch praktisch handbar sind. Dazu mag auch dieses Buch seinen Beitrag leisten.

Düsseldorf, im Juli 2018¹

Erfried Schüttpelz

¹ Rechtsprechung und Literatur konnten teilweise bis Anfang Juli 2018 berücksichtigt werden.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Vorwort zur ersten Auflage

Während der vorläufige Rechtsschutz in der allgemeinen zivilistischen Praxis neben dem ordentlichen Klageverfahren eine untergeordnete Rolle spielt, hat er in Wettbewerbssachen eine hervorragende Bedeutung erlangt. Die einstweilige Verfügung ersetzt dort weithin die Entscheidung in der Hauptsache. Die im Mittelpunkt des Wettbewerbsrechts stehenden Unterlassungsansprüche sind häufig so eilig, dass der Ausgang eines ordentlichen Klageverfahrens nicht abgewartet werden kann.

Das vorliegende Heft der NJW-Schriftenreihe will dem mit dem Wettbewerbsrecht weniger vertrauten Praktiker eine zusammenhängende Darstellung an die Hand geben, wie das Verfügungsverfahren vor den für die Spezialmaterie zuständigen Spruchkörpern derzeit abläuft. Die Verfahren auf Erlass und Aufhebung der einstweiligen Verfügung weisen für den mit der Materie nicht ständig befassten Juristen manche unerwartete Schwierigkeit auf. Die Erfahrung zeigt, dass nicht wenige sachlich gerechtfertigte Begehren scheitern, weil Besonderheiten des Eilverfahrens nicht beachtet werden. Verwirrend ist zudem, dass das komplizierte Verfahren nicht überall in der gleichen Weise gehandhabt wird, Verfahrensfragen vielmehr regional unterschiedlich beantwortet werden. Für die Praxis des Verfügungsverfahrens ist die Rspr. der einzelnen Oberlandesgerichte von maßgeblicher Bedeutung; denn diese Gerichte sind in Verfügungssachen letzte Instanz. Demgemäß nimmt die neuere Rspr. der Oberlandesgerichte, insbes. der für das Wettbewerbsrecht zuständigen Senate, in der vorliegenden Darstellung breiten Raum ein. Mit den Rechtsprechungsnachweisen wendet sich das Werk auch an den erfahrenen Wettbewerbsrechtler.

Im Mittelpunkt der Darstellung steht die einstweilige Verfügung zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs. Einbezogen in die Betrachtung sind aber auch die Eilmaßnahmen bei Verletzung der gewerblichen Schutzrechte und des Urheberrechts sowie in zivilrechtlichen Streitigkeiten des Kartellrechts. Die verfahrensrechtlichen Probleme ähneln sich. Zudem sind für die Rechtsgebiete meist dieselben Spruchkörper zuständig.

Düsseldorf, den 28.5.1994

Wilhelm Berneke

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur vierten Auflage	V
Vorwort zur ersten Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XV
Literaturverzeichnis	XIX
A. Einleitung	1
I. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	1
II. Unterlassungsanspruch	3
III. Klageweg	7
IV. Vorläufiger Rechtsschutz	8
V. Beschränkung auf die einstweilige Verfügung	10
VI. Überblick über den Gang des Verfügungsverfahrens	11
B. Die Grundlagen	15
I. Die Arten der einstweiligen Verfügung	15
II. Das Rechtsschutzbedürfnis und der Verfügungsgrund	34
III. Die Dringlichkeitsvermutung des § 12 Abs. 2 UWG	44
IV. Der Streitgegenstand, die Rechtshängigkeit, die Rechtskraft	76
V. Die Glaubhaftmachung	79
C. Das Verfahren auf Erlass der einstweiligen Verfügung	87
I. Das zuständige Gericht	87
II. Der Verfügungsantrag	95
III. Die Schutzschrift	98
IV. Die Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung oder ohne mündliche Verhandlung	102
V. Das Urteilsverfahren	107
VI. Das Beschlussverfahren	122
VII. Das Verfahren vor dem Amtsgericht als Gericht der belegen Sache	140
VIII. Die Berufung	142
IX. Besondere Verfahrensgestaltungen	148
D. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen Versäumung der Klageerhebung zur Hauptsache	163
I. Die Anordnung der Klageerhebung	164
II. Die Klageerhebung	167
III. Die Aufhebung	169
E. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände	173
I. Die veränderten Umstände	174
II. Die Aufhebung	177
III. Die Entscheidung	180
IV. Die Kostenentscheidung	181
V. Das Anerkenntnis	183
F. Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	185
I. Das Vollziehungserfordernis	185
II. Der Lauf der Vollziehungsfrist	190
III. Die Vollziehungsmaßnahmen	192
IV. Die Versäumung der Vollziehungsfrist	204
V. Das Ordnungsmittelverfahren	205

G. Die Klage zur Hauptsache und das Verfügungsverfahren	207
I. Die Klage des Antragstellers	207
II. Die Abschlusserklärung	210
III. Das Abschluss schreiben	215
IV. Die Klage des Antragsgegners	220
H. Der Streitwert, die Gebühren, die Kostenerstattung	223
I. Der Streitwert	223
II. Die Gebühren	227
III. Die Kostenerstattung	232
IV. Die Kosten des Abschluss schreibens	237
I. Der Schadensersatzanspruch nach § 945 ZPO	239
I. Die Voraussetzungen des Anspruchs	239
II. Der zu ersetzende Schaden	243
III. Das mitwirkende Verschulden	246
IV. Die Verjährung	247
J. Die einstweilige Verfügung auf einigen anderen Rechtsgebieten	249
I. Die einstweilige Verfügung in Unterlassungsklagesachen	249
II. Die einstweilige Verfügung in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	251
III. Die einstweilige Verfügung in Kennzeichensachen	253
IV. Die einstweilige Verfügung in Patent- und Gebrauchsmustersachen	260
V. Die einstweilige Verfügung in Urheberrechtssachen	265
VI. Die einstweilige Verfügung in Design- und Gemeinschaftsgeschmacksmustersachen	266
VII. Die einstweilige Verfügung in Kartellsachen	269
VIII. Die einstweilige Verfügung in Vergabesachen	272
Sachverzeichnis	277

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	1
I. Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs	1
II. Unterlassungsanspruch	3
III. Klageweg	7
IV. Vorläufiger Rechtsschutz	8
V. Beschränkung auf die einstweilige Verfügung	10
VI. Überblick über den Gang des Verfügungsverfahrens	11
B. Die Grundlagen	15
I. Die Arten der einstweiligen Verfügung	15
1. Die Sicherungs- und die Regelungsverfügung	15
2. Die Leistungsverfügung	16
a) Die Unterlassungsverfügung	18
b) Die einstweilige Verfügung auf Beseitigung	20
c) Die einstweilige Verfügung auf Belieferung	22
d) Die einstweilige Verfügung auf Auskunftserteilung	26
e) Sonstige einstweilige Verfügungen	28
3. Einstweilige Maßnahmen nach dem TRIPS-Abkommen	31
4. Die einstweilige Maßnahme nach dem Recht der EU	33
II. Das Rechtsschutzbedürfnis und der Verfügungsgrund	34
1. Das Rechtsschutzbedürfnis	34
2. Der Verfügungsgrund	36
a) Die Interessenabwägung	38
b) Frühere Entscheidungen	40
c) Unlautere Verfahrensführung durch den Antragsteller	42
III. Die Dringlichkeitsvermutung des § 12 Abs. 2 UWG	44
1. Der Inhalt des § 12 Abs. 2 UWG	44
2. Der Anwendungsbereich des § 12 Abs. 2 UWG	45
3. Die Widerlegung der Dringlichkeitsvermutung	48
a) Die zeitgebundenen Wettbewerbsverstöße	49
b) Das Zuwarten mit der Rechtsverfolgung	50
c) Die Unkenntnis des Antragstellers	62
d) Die Verfolgung von Allgemeininteressen, der Verfügungsantrag von Verbänden	63
e) Frühere Wettbewerbsverstöße. Verhalten Dritter	64
f) Das gerichtliche Vorgehen	66
IV. Der Streitgegenstand, die Rechtshängigkeit, die Rechtskraft	76
1. Der Streitgegenstand	76
2. Die Rechtshängigkeit	77
3. Die Rechtskraft	78
V. Die Glaubhaftmachung	79
1. Das Erfordernis der Glaubhaftmachung	80
2. Die Mittel der Glaubhaftmachung	82
a) Die eidesstattliche Versicherung	83
b) Das Sachverständigengutachten	84
3. Die Glaubhaftmachungslast	84

C. Das Verfahren auf Erlass der einstweiligen Verfügung	87
I. Das zuständige Gericht	87
1. Das Gericht der Hauptsache	89
2. Die Anrufung eines unzuständigen Gerichts	92
3. Die Zuständigkeit des Vorsitzenden und des Einzelrichters	94
4. Das Schiedsgericht	94
II. Der Verfügungsantrag	95
1. Der Inhalt des Antrags	96
2. Die Bestimmtheit des Antrags	97
III. Die Schutzschrift	98
IV. Die Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung oder ohne mündliche Verhandlung	102
1. Die Voraussetzungen einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung	102
a) Die dringenden Fälle des § 937 Abs. 2 ZPO	102
b) Die Zurückweisung des Verfügungsantrags	104
c) Die Entscheidung des Vorsitzenden nach § 944 ZPO	105
2. Die Entschließung, nicht ohne mündliche Verhandlung zu entscheiden	105
V. Das Urteilsverfahren	107
1. Die Terminbestimmung	107
2. Die mündliche Verhandlung	108
3. Die Antragsänderung, der Gegenantrag, der Übergang in das Klageverfahren ..	111
4. Die Unterbrechung und Aussetzung des Verfahrens	112
a) Die Aussetzung wegen der Voreigenschaft einer anderen Entscheidung ..	112
b) Die Aussetzung wegen der Vorlage an ein Verfassungsgericht	113
c) Die Aussetzung wegen der Vorlage an den Gerichtshof der Europäischen Union	113
d) Die Unterbrechung aus sonstigen Gründen	114
5. Die gerichtliche Prüfung	115
a) Die Bindung des Gerichts an den Verfügungsantrag	116
b) Die Zulässigkeit und die Begründetheit des Verfügungsantrags	117
6. Die Urteilsverfügung	118
a) Die Gewährung einer Aufbrauchsfrist	119
b) Die Ordnungsmittellandrohung	121
c) Der Neubeginn der Verjährung	121
7. Die Zurückweisung des Verfügungsantrags durch Urteil	122
VI. Das Beschlussverfahren	122
1. Die Beteiligung des Antragsgegners	123
2. Die Beschlussverfügung	124
3. Die Zurückweisung des Verfügungsantrags durch Beschluss	126
4. Die sofortige Beschwerde gegen den zurückweisenden Beschluss	126
5. Die Rechtsbeschwerde	129
6. Der Widerspruch	129
a) Die Zulässigkeit	130
b) Die mündliche Verhandlung	133
c) Die Entscheidung	133
d) Die Einstellung der Zwangsvollstreckung	135
7. Der Kostenwiderspruch	136
a) Die Entscheidung über die Kosten	138
b) Die Anfechtung des Kostenurteils	139
VII. Das Verfahren vor dem Amtsgericht als Gericht der belegenen Sache	140
VIII. Die Berufung	142
1. Die Zulässigkeit	142
2. Die Antragsänderung	143
3. Die Entscheidung	144
4. Die Einstellung der Zwangsvollstreckung	147

IX. Besondere Verfahrensgestaltungen	148
1. Die Rücknahme des Verfügungsantrags	148
2. Der Verzicht	149
3. Das Anerkenntnis	150
4. Die Erledigung der Hauptsache	152
a) Die erledigenden Ereignisse	154
b) Die Unterlassungserklärung	155
c) Die Verjährung des Verfügungsanspruchs	157
5. Der Vergleich	158
6. Die Sicherheitsleistung	158
a) Die Prozesskostensicherheit	158
b) Die einstweilige Verfügung gegen Sicherheitsleistung	159
c) Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung gegen Sicherheitsleistung	161
D. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen Versäumung der Klageerhebung zur Hauptsache	163
I. Die Anordnung der Klageerhebung	164
II. Die Klageerhebung	167
III. Die Aufhebung	169
E. Die Aufhebung der einstweiligen Verfügung wegen veränderter Umstände	173
I. Die veränderten Umstände	174
1. Das mit der einstweiligen Verfügung übereinstimmende Urteil zur Hauptsache	175
2. Das den Verfügungsanspruch verneinende Urteil zur Hauptsache	176
3. Die Nichtigerklärung einer der einstweiligen Verfügung zugrunde liegenden Norm	177
II. Die Aufhebung	177
1. Das besondere Aufhebungsverfahren und das Widerspruchs- und Berufungsverfahren	177
2. Der Aufhebungsantrag	178
III. Die Entscheidung	180
IV. Die Kostenentscheidung	181
V. Das Anerkenntnis	183
F. Die Vollziehung der einstweiligen Verfügung	185
I. Das Vollziehungserfordernis	185
1. Die Gebots- und die Verbotsverfügung	186
2. Die abgeänderte einstweilige Verfügung	187
3. Die nach einer Aufhebung bestätigte einstweilige Verfügung	189
II. Der Lauf der Vollziehungsfrist	190
III. Die Vollziehungsmaßnahmen	192
1. Die Fristwahrung	192
2. Die Parteizustellung der einstweiligen Verfügung	194
a) Die Beschlussverfügung und die Urteilsverfügung	194
b) Die Zustellungsmängel und ihre Heilung	197
IV. Die Versäumung der Vollziehungsfrist	204
V. Das Ordnungsmittelverfahren	205
G. Die Klage zur Hauptsache und das Verfügungsverfahren	207
I. Die Klage des Antragstellers	207
1. Das Rechtsschutzbedürfnis	207
2. Die Prozesshandlungen des Verfügungsverfahrens	209
3. Das Anerkenntnis	210
II. Die Abschlusserklärung	210

III. Das Abschluss schreiben	215
1. Das Erfordernis eines Abschluss schreibens	215
2. Der Inhalt des Abschluss schreibens	218
IV. Die Klage des Antragsgegners	220
H. Der Streitwert, die Gebühren, die Kostenerstattung	223
I. Der Streitwert	223
1. Das Verfahren auf Erlass der einstweiligen Verfügung	223
2. Die Verfahren auf Aufhebung der einstweiligen Verfügung	226
3. Die Minderung und die Herabsetzung des Streitwerts	226
II. Die Gebühren	227
1. Die Gerichtsgebühren	227
a) Das Verfahren erster Instanz	227
b) Das Verfahren zweiter Instanz	228
2. Die Rechtsanwaltsgebühren	229
a) Das erstinstanzliche und das zweitinstanzliche Verfahren	229
b) Die einzelnen Gebühren	230
c) Auslagen	231
III. Die Kostenerstattung	232
1. Die Kosten der Beratung und der vorsorglichen Rechtsverteidigung	232
2. Die Kosten mehrerer Rechtsanwälte, Reisekosten	234
3. Die Kosten des Patentanwalts	234
4. Die Kosten der Partei selbst	235
IV. Die Kosten des Abschluss schreibens	237
I. Der Schadensersatzanspruch nach § 945 ZPO	239
I. Die Voraussetzungen des Anspruchs	239
1. Die von Anfang an ungerechtfertigte einstweilige Verfügung	240
2. Die nach § 926 Abs. 2, § 936 ZPO oder § 942 Abs. 3 ZPO aufgehobene einstweilige Verfügung	243
II. Der zu ersetzende Schaden	243
III. Das mitwirkende Verschulden	246
IV. Die Verjährung	247
J. Die einstweilige Verfügung auf einigen anderen Rechtsgebieten	249
I. Die einstweilige Verfügung in Unterlassungsklagen sachen	249
II. Die einstweilige Verfügung in Geschäftsgeheimnisstreitsachen	251
III. Die einstweilige Verfügung in Kennzeichensachen	253
1. Nationale Schutzrechte	253
2. Unionsmarken	256
IV. Die einstweilige Verfügung in Patent- und Gebrauchsmustersachen	260
V. Die einstweilige Verfügung in Urheberrechtssachen	265
VI. Die einstweilige Verfügung in Design- und Gemeinschaftsgeschmacksmustersachen	266
1. Nationale Designs	266
2. Gemeinschaftsgeschmacksmuster	268
VII. Die einstweilige Verfügung in Kartellsachen	269
VIII. Die einstweilige Verfügung in Vergabesachen	272
1. Vergaben nach Teil 4 des GWB	272
2. Sonstige Vergaben	274
Sachverzeichnis	277